

TOP 2

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das
Haushaltsjahr 2009**

**Rede der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Hannelore Kraft**

**anlässlich
der Plenarsitzung am 11. Februar 2009**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister,

Sie haben sich in den letzten Jahren in diesen Debatten immer wieder gerühmt für Ihre – vermeintlichen – Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung. Richtig ist: Die Neuverschuldung ging in den letzten Jahren zurück. Sie sind auf der Konjunkturwelle gesurft. Sie haben das ausschließlich aus den wachsenden Steuereinnahmen finanziert. Es waren die Erfolge der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Berlin, von Rot-Grün genauso wie die der großen Koalition, die Sie für sich reklamieren wollten.

Ich will noch einmal die Zahlen nennen: Von 2005 bis 2008 gab es rund 7,5 Milliarden mehr Steuereinnahmen. Trotzdem wird die Neuverschuldung im nächsten Jahr schon nach dem jetzt vorliegenden Entwurf auf die Rekordsumme von 120,5 Milliarden Euro steigen. Zur Erinnerung: Am 30. Juni 2005 waren es 106,8 Milliarden.

Das Land hat in den fetten Jahren keinerlei Reserven angelegt, auf die wir jetzt in der Krise zurückgreifen könnten. Sinkende Steuereinnahmen müssen Sie eins zu eins mit neuen Schulden ausgleichen. Und die Kosten für die Belebung der Konjunktur kommen noch oben drauf. Der Haushalt, über den wir heute beschließen, ist darum auch größtenteils Makulatur. Längst wird am ersten Nachtrag geschrieben. Die Einnahmen brechen weiter ein, die Ausgaben steigen sprunghaft an. Sie haben keine Antwort darauf. Sie vollziehen das alles nur noch nach. Sie gestalten nicht, Sie werden getrieben.

In dieser Situation erreicht uns die Nachricht, dass NRW im Jahr 2008 wieder zum Nehmerland in Länderfinanzausgleich geworden ist. Das macht deutlich: Sie haben die Ziele nicht erreicht, mit denen Sie angetreten sind. Sie wollten den Haushalt konsolidieren - stattdessen gibt es wieder höhere neue Schulden. Sie wollten NRW im Ländervergleich an die Spitze führen - stattdessen fällt unser Land zurück.

Anrede,

die Finanz- und Wirtschaftskrise ist die größte Herausforderung seit Jahrzehnten. NRW kann sich in dieser Situation nicht damit begnügen, nur das umzusetzen, was an Impulsen und Vorgaben aus Berlin kommt. Das größte Bundesland muss eigene Impulse setzen, eigene Ideen entwickeln.

Sie versuchen es stattdessen mit einem Trick: Der Finanzminister listet akribisch alle Investitionen auf, die er schon im letzten Sommer in den Haushalt hineingeschrieben hat. Und sie, Herr Ministerpräsident, verkaufen das dann als das "NRW-Konjunkturprogramm". Neue Maßnahmen, zusätzliche Impulse? Fehlanzeige! Das Land

beteiligt sich an den Kosten der beiden Konjunkturprogramme. Aber wo sind eigene, zusätzliche Maßnahmen, was tut NRW selbst?

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Neujahrsansprache haben Sie gesagt, dass es die Wirtschaft sehr schwer haben wird. "Wer jetzt nicht handelt, verlängert die Krise. Wir müssen die Ärmel aufkrepeln und anpacken." Das waren Ihre Worte. Wir fragen Sie: Wo bleiben die Taten?

Wir haben Ihnen als eigenes Programm des Landes schon vor Weihnachten den 'NRW-Pakt 2009' vorgeschlagen. Mit ihm können Investitionen im Wert von 2,4 Milliarden Euro ausgelöst werden - durch Kommunen, durch Träger von Kindergärten, durch Sportvereine. Mit einem geringen Mitteleinsatz ist ein hoher Effekt zu erreichen - zur Stärkung der Konjunktur und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Sie haben diesen Vorschlag nicht einen Moment lang ernsthaft geprüft, sondern ihn sofort pauschal verworfen. Sie fordern zwar immer wieder konkrete Vorschläge der Opposition ein. Aber Sie sind daran in Wirklichkeit nicht im Geringsten interessiert.

Anrede,

die Krise trifft unser Land in besonderer Weise. Täglich erreichen uns Meldungen über Insolvenzen, die Zahl der akut bedrohten Arbeitsplätze steigt von Tag zu Tag. Herr Ministerpräsident, in dieser Situation reicht es nicht aus, nach Geld aus Berlin zu rufen. Wo bleibt die gestaltende Wirtschaftspolitik des Landes in dieser Krise? Was sind Ihre Impulse? Sie sprechen mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Aber wo sind Ihre konkreten Initiativen? Nicht Reden, Handeln ist das Gebot der Stunde.

Die Menschen erwarten von uns, dass wir, die Politik, aus Fehlern der Vergangenheit lernen. Wir müssen Strukturen grundlegend verändern.

Anrede,

die Maßnahmen der Konjunkturpakete I und II können nur der erste Schritt sein. Es reicht aber nicht, wenn der Staat nur als Krisenfeuerwehr gerufen wird. Genauso wenig dürfen wir ihn als bloßen Zahlmeister sehen, der einspringen muss, wenn die Wirtschaft das Land an den Rand des Ruins geführt hat. Wirtschaftspolitik muss wieder gestalten.

Es darf nicht wieder passieren, dass Manager und Banker aus purer Gier alle anderen mit in den Strudel reißen. Wir müssen strukturell umsteuern, damit einem solchen Verhalten zukünftig ein Riegel vorgeschoben wird. Darum müssen wir in einem

weiteren Schritt an die Strukturen ran, die uns das eingebrockt haben. Peer Steinbrück hat gute Vorschläge für die Reform der Finanzmärkte vorgelegt. Anfang März muss darüber im Koalitionsausschuss entschieden werden.

Dann steht auch ein anderes Thema auf der Tagesordnung, das genauso wichtig ist: Wir müssen verbindliche Regeln für die Manager festlegen. Gier und Eigennutz kann man nicht verbieten, aber man kann ihnen Grenzen setzen. Es gibt eine Reihe von Punkten, auf die sich die Große Koalition schon geeinigt hat. Aber CDU/CSU haben offensichtlich aus dem Desaster an den Finanzmärkten noch nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie blockieren eine Reihe von zentralen Forderungen der SPD für eine bessere Kontrolle bei überzogenen Managergehältern:

- Die CDU lehnt eine Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Managerbezügen und Abfindungen ab,
- sie weigert sich, Manager dazu zu verpflichten, ihre Entscheidungen nicht nur an Unternehmensinteressen, sondern auch am Allgemeinwohl auszurichten,
- sie will nicht, dass Aufsichtsräte und Manager stärker haftbar gemacht werden, wenn sie versagen. Es kann nicht sein, dass sie sich mit Versicherungen vollständig ihrer Verantwortung entziehen können.

Wenn die Union diese strukturellen Veränderungen weiter verhindert, wird die SPD schärfere Regeln für Manager zum Thema im Bundestagswahlkampf machen.

Anrede,

wenn wir über Höchstgrenzen bei den Einkommen reden, dann müssen wir auch über Mindestgrenzen reden. Ich hoffe, dass sich am Freitag im Bundesrat eine Mehrheit für die Aufnahme weiterer Branchen in das Arbeitnehmerentendengesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz findet. Auch hier versagt NRW. Die sozialen Sonntagsreden des Ministerpräsidenten und seines Arbeitsministers sind längst vergessen, wenn es im Bundesrat zur Abstimmung kommt. Dann wird wieder eine Politik der sozialen Kälte exekutiert.

Der eigentliche Skandal ist aber, dass CDU und CSU im Zusammenwirken mit einigen kleinen Splittergewerkschaften verhindern, dass die Leih- und Zeitarbeiter in unserem Land einen Mindestlohn erhalten. Ich halte fest: Jetzt in der Krise sind die Leih- und Zeitarbeiter die ersten, die rausgeschmissen werden. Gleichzeitig wird ihnen durchgängig der gleiche Lohn verweigert, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Und jetzt wird auch noch durch die Union der Mindestlohn torpediert - mit dem zynischen Hinweis darauf, dass es irgendwo einen Tarifvertrag gibt, in dem eine Gewerkschaft, die diesen Namen nicht verdient, einen Dumpinglohn akzeptiert hat.

Anrede,

hier muss ich auch einige Worte zum FDP-Vorschlag, die gesetzliche Krankenversicherung abzuschaffen, verlieren. Die FDP hat nichts begriffen. Das Privat vor Staat in der Finanzbranche hat uns gerade in die schwerste Konjunkturkrise der Nachkriegszeit geführt. Und nun will der politische Arm der Neoliberalen die gesetzliche Krankenversicherung mit ihrer Privat-vor-Staat-Ideologie kaputt machen. Gerade in diesen Tagen zeigt sich aber, wie wertvoll das staatlich garantierte Solidarprinzip ist. Die FDP will diese Solidarität aufkündigen. Sie betreibt die soziale Spaltung Deutschlands. In den USA kann man sich gerade ansehen, welche katastrophalen Folgen eine ausschließlich private Absicherung von Lebensrisiken hat. Millionen Menschen haben weder Krankenschutz noch eine Altersversicherung, weil die privaten Versicherungen die Gelder verzockt haben.

Anrede,

Strukturveränderungen sind auch hier bei uns in NRW erforderlich. In dieser Krise müssen wir alles tun, um Mittelstand und Handwerk zu fördern und von bürokratischen Bürden zu entlasten. Die Ziel-2-Förderung wäre ein Instrument, mit dem Sie jetzt agieren könnten. Dazu müssten Sie die Verfahren beschleunigen und entbürokratisieren, damit schnell etwas geschieht. Was passiert stattdessen? Sie verzetteln sich in einer Vielzahl von Programmen und Wettbewerben. Bei denen werden – so fürchte ich – die Kosten für die Bürokratie am Ende in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Effekten stehen. Sie müssten insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen Anreize für Investitionen geben. Stattdessen machen Sie die Verfahren kompliziert und ziehen sie in die Länge. Damit schrecken Sie die Unternehmen ab: Welcher Mittelständler lässt sich auf solch ein kosten- und arbeitsintensives Wettbewerbsverfahren ein, bei dem seine Erfolgchancen verschwindend gering sind?

Bürokratieabbau, das war doch Ihr Thema! Sie wollten die Wirtschaft von den Fesseln der Bürokratie befreien. Europarecht sollte nur noch Eins zu Eins umgesetzt werden. Herr Ministerpräsident, ich empfehle Ihnen dringend einen Blick in die so genannte Infrastrukturrichtlinie zum Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes, die Ihre Wirtschaftsministerin am 8. Januar 2009, also mitten in dieser Krise, veröffentlicht hat. Da wird nicht europäisches Recht Eins zu Eins umgesetzt, das ist "Eins zu Eins plus XXL"!

Zunächst einmal: aus 96 Ziffern und Unterziffern in der alten Fassung, die eine Regelung enthalten, sind in der neuen Fassung 148 geworden. Nennen Sie das

Bürokratieabbau? Glauben Sie, dass Sie es der Wirtschaft so einfacher machen, zu investieren? Ich bin durch einen mittelständischen Unternehmer auf diese geänderte Richtlinie aufmerksam gemacht worden, der an der Regelungswut und dem Bürokratendeutsch verzweifelt ist. Ein Beispiel dafür: Unter Punkt 6.8 der Richtlinie heißt es, ich zitiere wörtlich,

"Bei der Förderung von nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Innovationsmittlern nach Nr. 3.6, 2. Alternative werden die förderbaren Bruttoausgaben der Förderung zugrunde gelegt. Ein Abzug von künftigen Einnahmen erfolgt nicht, da dieser den erhaltenen Fördervorteil an die begünstigten Endempfänger durchreichen muss und er aus der erhaltenen Förderung keinen Vorteil ziehen darf. Auf Ebene der Endempfänger sind die üblichen Beihilferegelungen zu beachten."

Zitat Ende. Was sollen solche neuen bürokratischen Hürden in dieser Zeit? Wollen Sie Maßnahmen der Forschungs- und Innovationsinfrastruktur nun fördern oder wollen Sie sie verhindern? Dieses bürokratische Monstrum ist jedenfalls in keiner Weise förderlich!

Frau Ministerin Thoben, Sie vertun die Chance, mit den Ziel-2-Mitteln positive konjunkturelle Impulse zu setzen: Von 2007 bis 2013 stehen Mittel der EU und des Landes in einer Gesamthöhe von 1,972 Milliarden Euro zur Verfügung. Einen Großteil dieser Mittel vergeben Sie über Wettbewerbsverfahren. Wettbewerbe sind grundsätzlich kein schlechtes Instrument. Aber das Verfahren darf nicht dazu führen, dass die Mittel beim Land liegen bleiben - schon gar nicht in der heutigen Wirtschaftslage. Genau das passiert aber: Von den Mitteln, die Sie für Ihre Wettbewerbe reserviert haben, sind 2007 und 2008 nur deutlich weniger als 10 Prozent abgeflossen. Sie fördern nicht die Wirtschaft, Sie überfordern Sie mit Ihrer Bürokratie.

Anrede,

ein ganz wichtiger Schritt zum Bürokratieabbau wäre das einheitliche Umweltgesetzbuch. Seit vielen Jahren sind die Umweltpolitiker in Bund und Ländern darum bemüht, ein einheitliches Umweltgesetzbuch zu schaffen. Dadurch soll eine Vielzahl einzelner Regelungen abgelöst und ein einheitliches Verfahren in den Ländern sichergestellt werden. Die Wirtschaft, besonders der Mittelstand, unterstützt das Vorhaben ausdrücklich. Es wäre gerade in der heutigen Situation ein wichtiges Signal des Staates für Bürokratieabbau und ein Ausweis der Handlungsfähigkeit der Politik. Nun droht das einheitliche Umweltgesetzbuch zu scheitern – weil die bayerische Landesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion es in letzter Minute torpedieren. Parteitaktik wird über die Sache gestellt. Den Schaden hat die Wirtschaft – gerade auch hier in Nordrhein-Westfalen. Und was tut die Landesregierung? Umweltminister Uhlenberg hat noch im Oktober 2008 von einem "Meilenstein in der

Geschichte des Umweltrechts" gesprochen. Jetzt geht er in Deckung und Innenminister Wolf begrüßt das Scheitern ausdrücklich. Die Koalition ist tief zerstritten.

Anrede,

mit dem Konjunkturpaket II haben die Bundesregierung und der Bundestag schnell und konsequent auf die bedrohliche Lage für Unternehmen und Arbeitsplätze reagiert. Die SPD hat dafür in der Großen Koalition die entscheidenden Impulse gegeben. Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück haben sich dabei große Verdienste erworben. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie der Bundeskanzlerin den Rücken gestärkt haben gegen die Zögerlichen und Wankelmütigen unter den CDU-Ministerpräsidenten und gegen deren Begehrlichkeiten.

Ich hoffe sehr, dass auch der Bundesrat den Weg für dieses Paket freimachen wird. Die Obstruktionspolitik der FDP darf nicht erfolgreich sein. Wer den Menschen populistisch alles auf einmal verspricht – Steuersenkungen, Schuldenabbau und staatliche Hilfspakete für die Wirtschaft – der wird vielleicht kurzfristig mit steigenden Umfragezahlen belohnt, Herr Minister Pinkwart. Aber einen seriösen Beitrag zur Bewältigung der größten Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes kann man so nicht leisten. Wir sind sehr gespannt, wie das Land Nordrhein-Westfalen im Bundesrat abstimmen wird.

Anrede,

es war gut, dass sich die Forderung aus den CDU-regierten Ländern nicht durchgesetzt hat, praktisch die Hälfte der Bundesmittel für Projekte der Länder in Anspruch zu nehmen. Und es war dringend notwendig, dass die Landesregierung schnell zu einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Umsetzung des Investitionsprogramms gekommen ist. Ich fürchte allerdings, Herr Ministerpräsident, dass Ihre Hinwendung zu den Kommunen hauptsächlich auf den nahenden Wahltermin zurückzuführen ist und nicht auf eine Neuorientierung Ihrer Politik gegenüber Städten und Gemeinden.

Dafür gibt es auch schon konkrete Hinweise: Die Tinte unter der Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden war noch nicht trocken, da hatte Frau Ministerin Thoben Ende letzter Woche bereits ein Gespräch mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus den Kohlerückzugsgebieten abgesagt. Sie will jetzt nichts mehr von der Zusage wissen, dass die bei den Kohlebeihilfen eingesparten Mittel als Strukturhilfen in diese Gebiete zurückfließen. Zur Begründung führt sie an, dass die Ruhrgebietsstädte genug Geld aus dem Konjunkturpaket II bekämen. Wenn das Ihre

Politik ist, wird sich das Konjunkturpaket II für unsere Städte und Gemeinden bald als vergiftetes Geschenk erweisen: Sie geben ihnen Geld vom Bund für Investitionen und streichen dafür an anderer Stelle Zusagen für Landesmittel.

Das würde in die Linie Ihrer bisherigen Politik passen: Die Kürzungen, Mindereinnahmen und Mehrbelastungen für die Kommunen belaufen sich seit Ihrer Regierungsübernahme auf 1,845 Milliarden Euro. Eine Fortsetzung dieser Politik zu Lasten der Kommunen wäre fatal, denn viele Städte und Gemeinden in NRW haben ein massives strukturelles Haushaltsproblem. Sie sitzen in der 'Vergeblichkeitsfalle': Sie können noch so sehr sparen, es ist faktisch nicht möglich, zu einem Haushaltsausgleich zu kommen. Demographische Entwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit in diesen Städten führen zu einer Spirale nach unten. Die Folgen sind dramatisch:

- Ende 2007 befanden sich 174 Kommunen in der Haushaltssicherung, davon 102 ohne ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept,
- die Städte und Gemeinden in NRW sind mit 13,6 Milliarden Euro Kassenkredit belastet, das sind fast 50 Prozent aller Kassenkredite in Deutschland,
- die Verbindlichkeiten der NRW-Kommunen lagen Ende 2007 bei ca. 47 Milliarden Euro,
- die Pro-Kopf-Verschuldung der NRW-Kommunen ist von 2005 bis 2007 um 23,3 Prozent gestiegen.

Dagegen helfen nur strukturelle Veränderungen. Als Sofortmaßnahme haben wir den 'Stärkungspakt Stadtfinanzen' vorgeschlagen: Die besonders belasteten Städte sollen für fünf Jahre von der Zins- und Tilgungslast für Kredite in Höhe von bis zu 7 Milliarden Euro befreit werden. Damit erhalten sie Luft zum Atmen und können sofort Investitionen in einer Höhe von 420 Millionen Euro tätigen. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, dringend erforderliche Maßnahmen durchzuführen, um die Abwärtsspirale zumindest zu bremsen. Auch diesen Vorschlag haben Sie ohne jede weitere Prüfung verworfen. Wir bleiben dabei: Diese Kommunen brauchen Hilfe - und zwar sofort!

Anrede,

wenn wir über den Haushalt sprechen, müssen auch wir über die Politik der sozialen Kälte sprechen. Bund und Länder arbeiten mit Milliarden, um im Interesse der Menschen die schlimmsten Folgen der Krise abzuwenden. Das ist richtig. Es kann aber nicht sein, dass gleichzeitig an den Ärmsten der Armen gespart wird. Es ist und bleibt falsch, 1,1 Millionen Euro zu streichen, die für Obdachlose vorgesehen waren. Die Koalitionsfraktionen haben nicht den Mut gehabt, das zu korrigieren. Gerade 100.000 Euro wollen Sie jetzt locker machen.

Wir geben Ihnen mit unserem Änderungsantrag heute noch einmal die Gelegenheit, Ihren Fehler auszubügeln. Dafür muss nicht ein Cent neue Schulden aufgenommen werden.

Anrede,

wir machen dem ganzen Haus an dieser Stelle ein weiteres Angebot: Lassen Sie uns gemeinsam einen Fehler wieder ausbügeln, den wir auch alle gemeinsam gemacht haben. In den letzten Tagen war viel über Kinderarmut und über die Regelsätze für Kinder bei Hartz IV zu lesen. Das Bundesverfassungsgericht wird sich mit dieser Frage befassen müssen. Wir Politikerinnen und Politiker dürfen uns in dieser Frage nicht hinter dem Gericht verstecken. Wir müssen selber dafür sorgen, dass diese Sache wieder in Ordnung gebracht wird.

Wir brauchen wieder einmalige Beihilfen für Kinder, um den Bedürfnissen individuell gerecht zu werden. Kinder sind die Zukunft des Landes. Wir sind bereit, mit Ihnen allen gemeinsam eine Initiative zu starten, damit diese Botschaft auch in Berlin verstanden wird.

Anrede,

wir brauchen eine neue, eine soziale Politik für unser Land. Die Kürzungen bei den Obdachlosen stehen nicht allein. Mit dem Plan, das Vermögen der Wohnungsbauförderanstalt in die NRW.Bank zu überführen, wird die Axt an den sozialen Wohnungsbau gelegt. Sie lassen die Sozialmieter für die WestLB bezahlen. Auch das trifft die Schwachen und die Schwächsten der Gesellschaft.

Anrede,

auch im Haushalt sind strukturelle Veränderungen bitter notwendig. Wir brauchen einen wirklichen Schwerpunkt bei Kindern und Bildung. Wir müssen Perspektiven und Vertrauen schaffen, denn eine gute Zukunft für unsere Kinder ist auch eine gute Zukunft für unser Land. Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Herr Ministerpräsident, Überschriften reichen nicht aus. Ich kann Ihnen die nachfolgenden Zahlen nicht ersparen: Der Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt lag 2006 bei 26 Prozent. 2008 betrug der Anteil nur noch 24,5 Prozent. Der Anteil des Bildungsetats an den Steuereinnahmen lag 2006 bei 33,6 Prozent, 2008 nur noch bei 30,1 Prozent.

Natürlich ist der Bildungsetat von den absoluten Zahlen her gestiegen: Von 2006 mit 12,58 Milliarden auf 12,68 Milliarden in 2008. Diese Steigerung von 101 Millionen Euro - das wissen wir doch alle hier im Plenum - hat nichts mit mehr Geld für die Bildung zu tun, sondern gleicht noch nicht einmal die gestiegenen Versorgungslasten in Höhe von knapp 175 Millionen Euro aus.

Sie versuchen, diese Fakten wegzudiskutieren. Ich nenne die Stichworte 'Virtuelle Lehrer' und 'Unterrichtsausfall'. Frau Ministerin Sommer, Sie haben mit einem Federstrich die Linie der Koalition aufgegeben, dass Lehrerkonferenzen außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden müssen. In dem verzweifelten Bemühen, Ihre Fehler beim Kopfnoten-Chaos vergessen zu machen, haben Sie entschieden, einen Unterrichtstag pro Halbjahr für Zeugniskonferenzen zu opfern. Damit haben Sie zugleich eine Million Stunden Unterrichtsausfall amtlich angeordnet. Herr Kollege Papke hat – wenn auch mit bemerkenswert langer Reaktionszeit – festgestellt, dass hier ein klarer Bruch der Koalitionsvereinbarung vorliegt. Der weihnachtliche Friede war Anfang des Jahres schnell dahin. Die Koalition ist auch hier tief zerstritten.

Anrede,

die Menschen brauchen Vertrauen und Perspektive. Die Krise, in der wir zur Zeit stecken, geht auch wieder vorbei. Dafür müssen wir heute die Weichen stellen. Wir müssen jetzt alle Kräfte bündeln, um nicht nur einigermaßen aus der Krise herauszukommen, sondern gestärkt und optimistisch für die Zukunft. NRW ist stark. NRW hat starke Menschen. Unsere Offenheit ist unser Kapital.

Politik muss vorausschauend und visionär sein. Politik muss gestalten. Wir müssen uns im Schwerpunkt insbesondere um die Bereiche Bildung und Integration, Wirtschaft, Infrastruktur und Ressourcensicherheit kümmern.

Anrede,

Sie ruinieren den einst guten Ruf des Energielandes NRW. Ihre Energie- und Klimaschutzpolitik beschränkt sich mittlerweile darauf, Entscheidungen aus Berlin und Brüssel zu kritisieren und Bedrohungsszenarien an die Wand zu malen. So setzen Sie den Status von NRW als Energieland Nr. 1 aufs Spiel.

Stichwort erneuerbare Energien: Ende 2008 wurde in Berlin der Bundesländervergleich Erneuerbare Energien vorgestellt. Dort wird aus einer Vielzahl von Faktoren ein Gesamtbild zusammengetragen. Ergebnis: Ihre Landesregierung hat in dem Vergleich ein blamables Zeugnis bekommen. Im Gesamtranking der Bundesländer liegt

Nordrhein-Westfalen auf einem verheerenden 12. Platz. Noch düsterer sieht es für Erfolge beim technologischen und wirtschaftlichen Wandel bei den Erneuerbaren Energien aus: hier landet NRW auf dem vorletzten Platz. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Dabei geht es nicht um Peanuts. Die Erneuerbaren Energien sind ein wichtiger Faktor für NRW. Frau Ministerin, Sie haben es gestern selbst noch einmal betont: Mehr als 21.000 Arbeitsplätze, knapp 5,5 Milliarden Umsatz. Aber: Wir fallen auch auf diesem Gebiet zurück. Die Investoren gehen tendenziell dorthin, wo sich ein günstiges politisches und wirtschaftliches Klima für sie findet. Deshalb liegt Brandenburg vorne und nicht NRW. Gerade die Wirtschaftsministerin müsste doch diejenigen in die Schranken weisen, die immer noch in ihrer pathologischen Abneigung von ´Windindustriemonstern´ reden. Aber anstatt die Chancen der Erneuerbare Energien für NRW zu ergreifen, hat Ihre Regierung den Austausch veralteter Windräder gegen leisere hocheffiziente Anlagen abgeblasen.

Wir haben heute bereits ausführlich darüber diskutiert: Anstatt für neue Kraftwerksprojekte in Nordrhein-Westfalen einzustehen, orakelt die Koalition von einer ´Renaissance der Atomenergie´. Sogar von Neubauten von Atomkraftwerken ist die Rede. Frau Ministerin, Sie sind nicht in der Lage, Kohlekraftwerke gegen Ihre eigenen Parteifreunde vor Ort durchzusetzen. Darum setzen Sie auf längere Laufzeiten, obwohl dieser Kurs NRW schwer schaden würde. Unser Land ist aus guten Gründen und aus wohlverstandenen eigenem Interesse aus der Atomenergie ausgestiegen.

Anrede,

wir setzen dagegen: Klimaschutz ist keine Bedrohung für NRW, Klimaschutz ist ein Wachstumsmotor. Wir wissen: NRW braucht neue Impulse.

Herr Ministerpräsident, Sie gestalten nicht. Sie verwalten, statt zu gestalten.

Das schafft keine neuen Perspektiven.

Das schafft kein Vertrauen in eine gute Zukunft.

In dieser Krise ist nicht die Zeit für parteipolitisches Klein-Klein.

Wir müssen gemeinsam neue Chancen schaffen.